

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg., mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher 18008

**Anzerate** kosten die 'gespaltene' Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorrat 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.- Mk. jedes Tausend bei Zeilenauslage 5.- Mk. - Schluß der Annahme von Anzeraten für die 1801te Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

## Ablehnende Antwortnoten der Neutralen. Die Tätigkeit der deutschen U-Boote.

### Jahrestage des Weltkriegs.

8. Februar 1916. Westlich Viny 800 Meter französische Gräben gestürmt. - Vordringen der Oesterreicher in Albanien; sie überschreiten den Ischmißfluß und besetzen Preza. - Ein deutsches U-Boot versenkt an der syrischen Küste den französischen Panzer Admiral Charner.  
9. Februar 1916. Nordwestlich Viny ein größeres französisches Grabenstück erobert. - Tirana (Albanien) von den Oesterreichern besetzt. - Deutscher Flugzeugangriff auf Kamsgate. - Auf dem Tanganjikasee der kleine deutsche Dampfer Hedwig v. Wismann versenkt.

### Die neuesten Meldungen.

#### Eine Erklärung in der holländischen Kammer.

Haag, 8. Februar. (W. T. V.) In der Zweiten Kammer gab zu Beginn der Sitzung der Minister des Innern Cort van der Linden folgende Erklärung ab: Ich bin jetzt in der Lage, der Kammer einige nähere Mitteilungen über die ersten Ereignisse der letzten Zeit zu machen. Die Regierung bestimmte bisher unter den schwierigsten Verhältnissen des Krieges ihre Haltung selbständig. Sie fand keine Ursache, aus Rücksicht auf den von Deutschland angeführten verächtlichsten Unterseebootkrieg anders zu handeln. Die Regierung hielt sich während des Krieges streng an das Völkerrecht. Was einmal Recht ist, bleibt ihrer Meinung nach Recht, auch wenn es von andern verlegt wird. Die Regierung ließ nicht nach, wo die Interessen der Niederlande benachteiligt werden, ersichtlich gegen das Auftreten der verschiedenen Kriegführenden zu protestieren, wenn dieses ihrer Ansicht nach nicht genau mit dem Völkerrecht übereinstimmte. Sie hielt namentlich den Grundsatz der Freiheit der Meere hoch. Gegenüber den jetzt von Deutschland angeführten Maßnahmen protestierte die Regierung unter Beibehaltung ihres unparteiischen Standpunktes nachdrücklich, sowohl was die Behinderung der freien Fahrt betrifft, als auch die beabsichtigte Benutzung der Unterseeboote. Sie nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmt. (Beifall.) Ebenfalls wie bei andern Ereignissen, bei denen das Völkerrecht verletzt wurde, fand die Regierung jetzt Anlaß, etwas an ihrer internationalen Politik zu ändern. Sie hält entschieden an der von den Generalstaaten stets gebilligten Politik strikter Neutralität gegenüber allen Parteien fest. Sie läßt nicht ab von ihrem Vorhaben, jeder Verletzung unfreies Gebietes und unfrüher Souveränität, von welcher Seite sie auch kommen möge, bewaffneten Widerstand zu leisten. Die Schwierigkeiten, die eine Folge der internationalen Lage sind, hofft die Regierung mit Entschlossenheit und Umsicht zu überwinden. (Aelter Beifall.)

#### Amerika und die Neutralen.

London, 9. Februar. Times meldet aus New York, man sehe in Amerika jetzt ein, daß die Aufforderung des Präsidenten an die Neutralen bei den europäischen Neutralen nicht viel Erfolg haben werde. Auch die Entzifferung unter den lateinischen Völkern Amerikas werde vermutlich akademischer Natur bleiben. Die Absicht des Präsidenten, Deutschland durch einen moralischen Druck ohne Krieg zur Einhaltung seines Rechts zu bringen, scheint also mißglückt zu sein.

#### Deutschland und Amerika.

Haag, 9. Februar. Die United Press meldet aus Washington: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ändere daran nichts, daß die Regierung der Vereinigten Staaten es zum Ausdruck bringt, daß sie die Unterhandlungen mit Deutschland auch nicht durch Vermittlung Spaniens, Schwedens oder anderer Neutralen wieder zu eröffnen wünscht. In der Hoffnung, daß Deutschland sein Bedauern ausdrückt und möglicherweise seine Politik ändern werde, werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen völlig bestehen bleiben, bis Deutschland von selbst in der Frage des Tauchbootkrieges nachgibt. Was die Beschädigungen der meisten deutschen internierten Schiffe durch die Besatzungen anbelangt, so erkennt die Regierung das Recht der deutschen Kommandanten dazu an, falls die unbrauchbar gemachten Schiffe die Seefahrt nicht behindern oder in Gefahr brächten. (Frankfurter Zeitung.)

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 8. Februar befinden sich auf der 3. Seite.**  
**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Parteigenossen!

Die Stunde der Entscheidung ist für uns alle gekommen! Seit Kriegsbeginn sind Parteivorstand und Fraktionsmehrheit in eine antisozialistische Politik hineingeraten, die stetig sich verschlimmernd, die offizielle Sozialdemokratie zu einer nationalsozialistischen Regierungspartei gemacht hat.  
Diese Reorientierung begann mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten; sie steigerte sich zur Bewilligung des Budgets. So trieb die Mehrheit der Reichstagsfraktion durch die bürgerliche Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien in die Unterstützung imperialistischer Kriegsziele hinein. Durch beharrliche Ablehnung der Minderheitsforderung, daß die Regierung zur Proklamierung eines annexionslosen Friedensangebots gebrängt werden solle, wirkte die Fraktionsmehrheit kriegsverlängernd, nicht aber, wie sie jetzt vorzitiert, friedensfördernd. Den steigenden Einfluß der Opposition suchte die Fraktionsmehrheit, als die Minderheit das Recht der selbständigen Meinungsäußerung für sich in Anspruch nahm, dadurch zu brechen, daß sie ihr widerrechtlich und den Parteitanzweckungen entgegen die **Fraktionsrechte entzog**. Sie nötigte dadurch die Minderheit, sich nunmehr als selbständige Fraktion zu konstituieren. Der tiefgehende sachliche Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen trat dann fortgesetzt im Reichstag in der Behandlung aller politischen Fragen zutage, - zuletzt noch bei dem **Silberlohnsgesetz**, das von der „Fraktion“ angenommen, von der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt wurde.  
Gleichzeitig hatte der Parteivorstand den Kampf gegen die **oppositionelle Presse** durch Abschaffung von Redakteuren und durch Beschlagnahme von Zeitungen begonnen. Diese Politik der Gewalttätigkeiten gipfelte in der **Ausnutzung des Belagerungszustandes zum Raube des Vormärts**.  
Auch in der **Bekämpfung oppositioneller Organisationen** schritt der Parteivorstand von Rechtsbruch zu Rechtsbruch. An verschiedenen Orten veranlaßte er die Gründung von Sonderorganisationen! Das Signal zu allgemeiner Parteispaltung ließ er sich dann am 18. Januar d. J. durch ein Gutachten des Parteiaussschusses geben, das er am 22. Januar zu einer elysium Runderhebung verwertete. Er drohte darin, diejenigen Parteigenossen, die sich zu oppositionellen Anschauungen bekannt haben, aus den von ihm selbst beherrschten Organisationen auszustoßen, und zur Bekämpfung der oppositionellen Organisationen überall durch seine Handlanger Gegenorganisationen gründen zu lassen.  
Dieser Drohung sind jetzt die Taten gefolgt.  
Im Kreise Potsdam-Osthavelland wurde am 28. Januar auf Anstiften des Parteivorstands gegen die rechtmäßige Wahlkreisorganisation ein Gegenverein gegründet. Diese Sonderorganisation tat dann gleich einen weiteren Schritt auf der Bahn der Parteizerrüttung, indem sie für die bevorstehende Reichstagswahlwahl ihren Vorstehenden als Gegenkandidaten gegen den rechtmäßig aufgestellten oppositionellen Kandidaten aufstellte! Das geschah, um mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ein Mandat an sich zu reißen, das dem Genossen Liebnicht durch ein Justizhausurteil entziffen wurde. - In Berlin wurde die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlvereine durch einen offenbar abgekarteten Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des „Disziplinierklubs Vorwärts“ und dem Parteivorstehenden Ebert eingeleitet. Ebert gab in seiner Antwort eine ausführliche Anleitung zur Parteispaltung in Berlin. Sie wurde bereits in mehreren Wahlkreisen befolgt. Das Vorbild des Parteivorstands wurde auch bereits von den Leitern der Landesorganisation in Sachsen, sowie der Bezirksorganisationen in Dresden und Zwickau nachgeahmt. Die ganze Bezirksorganisation Leipzig, sowie die Vertreter mehrerer Wahlkreisorganisationen wurden durch Mehrheitsbeschlüsse fürzerhand der Rechte beraubt, die ihnen von den organisierten Genossen übertragen waren!  
So vollzieht sich jetzt die Parteispaltung, weil ein Duzend zur Beforgung zentraler Parteigeschäfte angestellter Parteibeamteten wider alles Parteirecht sich anmaßen, nach eigenem Gutdünken den Ausschluß einzelner Parteigenossen und ganzer Organisationen aus der Partei zu dekretieren.  
Alle diese Ueberriffe sind nach dem Parteirecht zwar null und nichtig. Die Nachmittage, die der Parteivorstand als zentrale Ver-

waltungsbehörde in Händen hat, und die Unterstützung seitens einer großen Zahl von Genossen in leitender Stellung ermöglicht es ihm jedoch, im Rahmen der von ihm beherrschten Organisationen unsern Freunden überall die Parteilichkeit unumgänglich zu machen. Gegenüber der planmäßigen Schaffung von Sonderorganisationen durch den Parteivorstand genügt nicht mehr ein Protest! Es müssen sich nunmehr auch die **oppositionellen Genossen überall zusammenstellen**. Denn was den Genossen in Potsdam, in Berlin, in Sachsen usw. angetan wird, ist ein Schlag, der uns alle trifft. Würde die Opposition nicht tatkräftig vorgehen, so hätte der Parteivorstand gewonnenes Spiel. Er würde die Stäbe einzeln zerbrechen, gegen die er ohnmächtig bleibt, wenn sie festverbunden ihm Widerstand leisten. Solidaritätspflicht ist es jetzt für alle grundsatztreuen Genossen, sich **organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit** für die Befestigung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchführung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse!  
Im Einverständnis mit einer großen Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands richten wir befalls an alle Organisationen und Parteigenossen, die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken, die Auforderung, sich an einer **Propagandakonferenz** zu beteiligen, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen sind!  
Zu dem Zweck bitten wir diejenigen Wahlkreisorganisationen, die sich bereits auf den Boden der Opposition gestellt haben, oder die einen solchen Beschluß noch fassen werden, sich unverzüglich bei der unterzeichneten Adresse anzumelden. In Wahlkreisen, in denen noch der Aufstellung des Parteivorstands die oppositionellen Parteigenossen durch Wahlkreisabschlüsse ihrer Parteirechte beraubt werden, erwarten wir, daß sie sofort eine eigene Organisation gründen und uns hiervon sowie von ihrem Anschluß an unsere Bewegung gleichfalls in Kenntnis setzen.  
Nähere Mitteilungen über den Zusammentritt der Konferenz werden demnächst erfolgen, doch bitten wir, die organisatorischen Vorarbeiten dafür bis Mitte März zu beenden!  
**Und nun frisch ans Werk! Kein Tag ist zu verlieren!**  
Mit sozialdemokratischem Parteigruß  
J. A.: Der Vorstand der Soz. Arbeitsgemeinschaft des Reichstags,  
Haase, Ledebour, Vogtherr.  
Briefadresse: E. Vogtherr, M. d. N., Berlin, Reichstag.

### Vom Tage.

Eine gewisse Klärung über die Absichten der Neutralen ist jetzt eingetreten. Zum Teil liegen schon amtliche Neußerungen vor. Holland, Norwegen, die Schweiz und Spanien haben der amerikanischen Regierung bereits erklärt, daß sie sich der Haltung Amerikas nicht anschließen, also die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland nicht abbrechen werden. Sie beantragen sich mit mehr oder minder unterschiedenen Protesten an die Adresse Deutschlands gegen die Seesperre. Die spanische Protestnote ist bereits dem deutschen Gesandten übergeben worden; sie enthält den Passus, Spanien erhebe „ebenso entschlossenen wie feierlichen Einspruch“ und mache „die nötigen Vorbehalte über die Verantwortlichkeit Deutschlands bezüglich der Menschenverluste, die durch seine Haltung verursacht werden“. Die Noten der Schweiz und der drei nordischen Staaten sind noch nicht bekannt; die letzteren werden eine gemeinsame Erklärung überreichen. Ebenfalls gemeinsam wollen die drei südamerikanischen ABC-Staaten Argentinien, Brasilien und Chile vorgehen; der brasilianische Gesandte in Berlin hat mitgeteilt, daß ihre Antwort an Wilson in einer Konferenz in Rio de Janeiro aufgesetzt worden sei. Er hält eine Kriegserklärung einer dieser Staaten an Deutschland für unbedingt unwahrscheinlich. Nach Neuter-Meldungen soll eine offizielle Mitteilung der brasilianischen Regierung indes besagen, ihre Note erkläre, daß man sich bei der Lage, die die deutsche Seesperre schaffe, nicht beruhigen könne, und daß man Deutschland für alle feindseligen Handlungen verantwortlich mache. Die argentinische Note ist nach einer Amsterdamer Meldung nicht so scharf wie die brasilianische. Sie bedauert die Maßnahmen Deutschlands und er-